

Inhalt

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	17

Erster Teil

Einführung	21
A. Untersuchungsgegenstand	23
I. Terminologie	23
II. Definition	24
1. Im deutschen Recht	24
2. Legaldefinitionen im russischen Recht.	25
3. Gemeinsame Tatbestandsvoraussetzungen.	25
a) Inhalt	26
b) Rechtsnatur	26
c) Verhältnis zur Satzung	26
III. Erscheinungsformen von Gesellschaftervereinbarungen	26
IV. Gegenstand der vorliegenden Arbeit	28
B. Fragestellung	29
C. Wissenschaftliche Relevanz der Arbeit	31
D. Schwierigkeiten im Rahmen dieser Arbeit	32
E. Gang der Untersuchung	33

Zweiter Teil

Die Gesellschaftervereinbarung im Spannungsfeld von Schuld- und Gesellschaftsrecht im deutschen Recht	35
--	----

A. Die Zulässigkeit von Gesellschaftervereinbarungen	37
I. Die Gesellschaftervereinbarung als Schuldvertrag	37
II. Die Gesellschaftervereinbarung im Schutzbereich der Vertragsfreiheit ..	38
1. Der Grundsatz der Vertragsfreiheit.	38
2. Die Gesellschaftervereinbarung im Schutzbereich der Vertragsfreiheit	40
3. Schranken der Vertragsfreiheit	40
4. Zwischenergebnis	43
III. Korporative Grenzen für die Gesellschaftervereinbarung	44
1. Die Satzung als zwingender Regelungsort	44

2. Zwingende Satzungsregelung.	46
3. Der Grundsatz der Satzungsstrenge	47
4. Widerspruch zu ungeschriebenen gesellschaftsrechtlichen Grundsätzen	48
a) Das Abspaltungsverbot	48
b) Die mitgliedschaftliche Treuepflicht.	50
c) Der Kernbereich der Mitgliedschaft	50
d) Umgehung von Vinkulierungsklauseln.	52
5. Zwischenergebnis	53
B. Die schuldrechtliche Rechtsnatur von Gesellschaftervereinbarungen. . . .	54
I. Vertragsschluss, Änderung und Beendigung	54
II. Die Gesellschaftervereinbarung als Gesellschaft bürgerlichen Rechts . .	56
III. Formerfordernisse	59
IV. Zulässige Parteien einer Gesellschaftervereinbarung	61
1. Nicht-Mitglieder als mögliche Partei der Gesellschaftervereinbarung	61
2. Die Beteiligung der Gesellschaftsorgane	64
3. Die Beteiligung der Gesellschaft	67
V. Von der Gesellschaftervereinbarung erfasste Anteile.	70
VI. Rechtsnachfolge in Gesellschaftervereinbarungen	72
1. Rechtsgeschäftliche Rechtsnachfolge	72
2. Erbrechtliche Rechtsnachfolge	73
3. Zwischenergebnis	74
VII. Durchsetzbarkeit der Gesellschaftervereinbarung	75
1. Materiell-rechtliche Folgen bei Verstoß gegen die Gesellschaftervereinbarung	75
a) Vertragliche Sekundäransprüche.	75
b) Vertragsstrafenregelungen	76
c) Folgen auf der Ebene der Hauptgesellschaft	77
2. Prozessuale Durchsetzung	80
a) Schiedsgerichtsbarkeit	80
b) Durchsetzbarkeit vor den staatlichen Gerichten	81
c) Einstweiliger Rechtsschutz	81
3. Zwischenergebnis	83
C. Korporative Wirkungen der Gesellschaftervereinbarung	84
I. Das Trennungsprinzip	84
1. Verhältnis zwischen der Gesellschaftervereinbarung und der Satzung	85
2. Existenz einer einheitlichen Regelungsebene?	88
a) Begründungsmodelle in der Literatur	88

b)	Stellungnahme	90
(1)	Verkehrsschutz und Rechtssicherheit	91
(2)	Widerspruch zur gesetzlichen Systematik	94
(3)	Innere Widersprüche der Einheitstheorie	94
(4)	Vergleich der Gesellschaftervereinbarung mit einem Gesellschafterbeschluss	95
(5)	Umgehung der Satzungsstrenge	96
(6)	Argument der Vertragsfreiheit kann nicht gelten	97
(7)	Entlastung der Satzung nicht erforderlich.	97
(8)	Mehrheitsprinzip.	98
(9)	Zwischenergebnis	99
3.	Widerspruch zwischen Satzung und Gesellschaftervereinbarung	99
4.	Zusammenfassung	102
II.	Mögliche Durchbrechungen des Trennungsprinzips	103
1.	Gesellschaftervereinbarungen und Satzungsauslegung	104
a)	Grundsatz der objektiven Satzungsauslegung	104
b)	Begründungsansätze in der Literatur	106
c)	Stellungnahme	108
(1)	Widerspruch zum Willen der Vertragsparteien.	108
(2)	Schutz des Rechtsverkehrs	109
(3)	Umgehung der Satzungsstrenge	111
(4)	Freiwillige Wahl des Regelungsortes	111
(5)	Vergleich mit einem Gesellschafterbeschluss.	112
(6)	Ergebnis	112
2.	Wechselwirkungen zwischen der mitgliedschaftlichen Treuepflicht und der Gesellschaftervereinbarung.	113
a)	Geltungsgrund der mitgliedschaftlichen Treuepflicht.	113
b)	Inhalt der Treuepflicht.	114
c)	Nichtigkeit der Gesellschaftervereinbarung wegen Verstoßes gegen die Treuepflicht.	115
d)	Wirkungen der Gesellschaftervereinbarung auf die mitgliedschaftliche Treuepflicht	117
e)	Ergebnis	121
3.	Verletzung einer Gesellschaftervereinbarung als Grund für die Anfechtung von Gesellschafterbeschlüssen	122
a)	Gesetzliche Ausgangslage.	122
b)	BGH, Urteil vom 20.01.1983: „Kerbnägel-Entscheidung“	123
c)	BGH, Urteil vom 27.10.1986	124
d)	OLG Stuttgart, Urteil vom 7.2.2001	125
e)	Aufnahme in der Literatur	125
f)	Stellungnahme	126
(1)	Prozessökonomie	126

(2) Auslegung der Satzung	129
(3) Verletzung der mitgliedschaftlichen Treuepflicht	129
(4) Rechtsmissbrauch	130
(5) Einheitlichkeit der Regelungsebenen	131
(6) Fehlen einer Rechtsgrundlage	131
(a) Keine Subsumtion unter bestehende Anfechtungsvorschriften	132
(b) Keine Analogie möglich.	133
(c) Kein Anlass für richterliche Rechtsfortbildung	135
(7) Grundsatz der Satzungsstrenge	137
(8) Umkehrung des Verhältnisses von Satzung und Nebenabrede	137
(9) Rechtsprechung zur Satzungsdurchbrechung	139
(10) Die Rechtsfigur des „Durchgriffs“	140
(a) Die Durchgriffslehre	140
(b) Rechtsmissbräuchliches Verhalten	142
(c) Anwendbarkeit auf die vorliegende Problematik: Vergleich der Fallkonstellationen	143
(d) Zwischenergebnis	145
(11) Parteiwillen	145
(12) Prozessuale Konstellation	146
(13) Verkehrsschutz und Rechtssicherheit	147
(14) Systematische Verwerfungen	149
(15) Ergebnis	150
III. Zusammenfassung	151

Dritter Teil

Die Gesellschaftervereinbarung im Spannungsfeld von Schuld- und

Gesellschaftsrecht im russischen Recht 153

A. Die Zulässigkeit von Gesellschaftervereinbarungen

im russischen Recht.	155
I. Überblick über die Rechtsentwicklung	155
1. Rechtslage vor der Reform der Gesellschaftervereinbarung	155
a) Entscheidung in der Sache „Megafon“	156
b) Entscheidung in der Sache „Russkij Standart Strachovanie“	158
c) Auswirkungen auf die Praxis	160
2. Die Reformen der Jahre 2008/9 und 2014	161
II. Die Vertragsfreiheit im russischen Recht	167
1. Rechtsgrundlagen und Inhalt der Vertragsfreiheit	167
2. Schranken der Vertragsfreiheit	172

3. Das Problem der Normimperativität und des Gesetzespositivismus im russischen Zivilrecht	174
4. Eigene Untersuchung der Rechtslage.	180
a) Generelle Imperativität der russischen Zivilrechtsnormen?	180
(1) Systematische Untersuchung des einfachen Rechts	180
(2) Auslegung nach Wertungsgesichtspunkten	183
(3) Praktische Unvereinbarkeit mit der Marktwirtschaft	184
(4) Unzulässiger Grundrechtseingriff.	184
b) Rechtsvergleichende Überlegungen	186
(1) Freiheit als Regelfall.	186
(2) Gesetzesauslegung durch die Gerichte	187
(3) Freiheitsvermutung für die Dispositivität von Normen	187
(4) Feststellung der Imperativität durch Auslegung der einzelnen Norm.	190
c) Beschluss Nr. 16 des Plenums des Obersten Arbitragegerichts	192
d) Ergebnis	195
5. Die Vertragsfreiheit im russischen Gesellschaftsrecht	196
a) Literatur und Rechtsprechung.	197
b) Gesetzliche Meta-Regelung der Satzungsstrenge.	197
c) Erwägungen bei der individuellen Normauslegung	198
6. Die Gesellschaftervereinbarung im Spannungsfeld zwischen Imperativität und Vertragsfreiheit.	200
a) Auswirkungen der positivistischen Rechtspraxis auf die Gesellschaftervereinbarung	200
b) Die Gesellschaftervereinbarung im Schutzbereich der Vertragsfreiheit	201
III. Allgemeine Grenzen der Zulässigkeit	203
1. Die Rechte anderer als Grenze der Zulässigkeit	203
2. Imperative Regelung in der Satzung	205
3. Keine unzulässige Beschränkung der rechtlichen Selbstbestimmung.	208
a) Kein Rechtsverzicht	208
b) Keine Beschränkung der Rechts- oder Geschäftsfähigkeit.	210
c) Keine Einschränkung der Grundfreiheiten	211
4. Proportionalitätsgrundsatz	211
5. Das Abspaltungsverbot.	216
a) Geltung des Abspaltungsverbots im russischen Recht	216
(1) Sicherung der Einflussmöglichkeiten der Gesellschafter	217
(2) Schutz vor Fremdeinfluss	217
(3) Einheitlichkeit der Mitgliedschaft.	218
(4) Proportionalitätsgrundsatz	219
(5) Zwischenergebnis	219

b) Geltung des Abspaltungsverbots für Gesellschaftervereinbarungen.	220
6. Verbot der uneinheitlichen Stimmabgabe.	221
IV. Zulässige Vertragsinhalte der Gesellschaftervereinbarung	224
B. Die schuldrechtliche Rechtsnatur von Gesellschaftervereinbarungen. ...	229
I. Vertragsschluss, Änderung, Beendigung	229
II. Die Bedingung von Verträgen	231
III. Der Vertragstyp der Gesellschaftervereinbarung	233
1. Die Gesellschaftervereinbarung als unbenannter Vertrag?	234
2. Die Gesellschaftervereinbarung als Gesellschaft	236
a) Rechtliche Grundlagen	236
b) Rechtsvergleichende Betrachtung.	237
c) Die Gesellschaftervereinbarung als stille Gesellschaft des russischen Rechts	239
3. Zusammenfassung	240
IV. Formerfordernisse	241
1. Schriftform	241
2. Handelsregistereintragung	244
3. Sonstige Publizitätspflichten	244
V. Zulässige Parteien der Gesellschaftervereinbarung	245
1. Die Gesellschaft als Partei der Gesellschaftervereinbarung.	247
a) Gesetzesauslegung	247
b) Positivistische Gesetzesauslegung versus Vertragsfreiheit.	249
2. Außerhalb der Gesellschaft stehende Dritte.	252
a) Diskussion in der Literatur	252
b) Proportionalität des Stimmrechts	255
c) Abspaltungsverbot	256
d) Beschränkung durch den Wortlaut der Norm	256
e) Teleologische und historische Auslegung.	257
f) Auslegung unter besonderer Berücksichtigung der Vertragsfreiheit	258
g) Ergebnis	259
3. Die Organe der Hauptgesellschaft	260
4. Ergebnis	262
VI. Von der Gesellschaftervereinbarung erfasste Anteile.	262
VII. Rechtsnachfolge in Gesellschaftervereinbarungen	265
1. Rechtsgeschäftliche Übertragung.	265
2. Gesetzliche Rechtsnachfolge	266
VIII. Durchsetzbarkeit der Ansprüche aus der Gesellschaftervereinbarung. ...	267

1. Materiell-rechtliche Folgen bei Verstoß gegen die Gesellschaftervereinbarung	268
a) Vertragliche Ansprüche	268
b) Vertraglich vereinbarte Maßnahmen zur Erfüllungssicherung	270
c) Drittwirkungen von Verstößen	272
2. Prozessuale Durchsetzung	275
a) Zwangsvollstreckung	277
b) Einstweiliger Rechtsschutz	279
3. Zusammenfassung	280
C. Korporative Wirkungen der Gesellschaftervereinbarung im russischen Recht.	281
I. Die Geltung des Trennungsprinzips	281
1. Rechtliche Einordnung der Gesellschaftervereinbarung	282
2. Unterschiede zwischen Satzung und Gesellschaftervereinbarung	285
3. Meinungsstand in der Literatur	288
4. Ergebnis: Trennung der Regelungsebenen	290
II. Mögliche Durchbrechungen des Trennungsprinzips	291
1. Verletzung einer Gesellschaftervereinbarung als Grund zur Anfechtung von Gesellschafterbeschlüssen	292
2. Widerspruch zwischen Satzung und Gesellschaftervereinbarung	298
III. Ergebnis	300
Vierter Teil	
Résumé.	303
A. Die Gesellschaftervereinbarung im deutschen Recht	305
B. Die Gesellschaftervereinbarung im russischen Recht	307
C. Rechtsvergleichende Zusammenfassung.	309
D. Fazit und Ausblick.	310
Literaturverzeichnis	313
Monographien und Sammelwerke	313
Aufsätze.	320
Rechtsquellen	325